

Im Lokalteil

Herrenberg und das Gäu



Der Landkreis trennt sich vom tierärztlichen Personal am Gärtringer Schlachthof

Seite 15

Lokales

Die Mötzingener Volksmission erleuchtet zum Advent die Fenster ihres Gebäudes

Seite 21

Anzeige

SpendenAdvent 2020

Herzlichen Glückwunsch!

Spende über 1.000 Euro für den DRK Ortsverein Kuppingen/Oberjesingen

Der DRK Ortsverein Kuppingen/Oberjesingen erhält eine Spende über 1.000 Euro für die Anschaffung eines Bürgermobils, das für ehrenamtliche Fahrten genutzt werden kann. Herzlichen Glückwunsch.



Volksbank Herrenberg • Nagold • Rottenburg STIFTUNG

Lokalsport



Trainer Fabian Gerstlauer und das SG H2Ku-Team hoffen auf Wiederbeginn im Januar

Seite 23

KINDER-NACHRICHTEN

Seite 18

Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
↓	↓	↑
13313,24 Pkt. -69,06 Pkt.	3521,32 Pkt. -3,92 Pkt.	1,2066 Dollar +0,098 Cent

Wetter



Mittags 5°
Nachts -1°
Vereinzelt Nebel, sonnige Abschnitte



Kurz bremst Skifahrer aus

Die Österreicher werden bis Mitte Januar beim Wintersport wohl ganz unter sich sein. Die neuen Regeln machen Reisen ins Land vorübergehend höchst unattraktiv, „damit das Virus nicht durch Rückkehrer oder Touristen ins Land getragen wird“, sagte Kanzler Sebastian Kurz.

► Seite 2



Foto: Imago/Robias Steinmauer

Für die meisten sind Bus und Bahn keine Alternative

Teure Tickets, Staus, schlechte Straßen, zu wenig Parkplätze: Bei einer Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg findet eine Mehrheit, es wird zu wenig ins Verkehrsnetz investiert.

VON CHRISTOPH LINK

STUTT GART. Die nächste Runde des BaWi-Checks der baden-württembergischen Tageszeitungen zeigt: Eine Mehrheit der Befragten (64 Prozent) ist der Ansicht, dass im Südwesten in den letzten Jahren zu wenig in die Verkehrsinfrastruktur investiert worden sei. Damit ist der Anteil der mit dem Zustand von Straßen, Brücken und anderen Verkehrsbauwerken Zufriedenen im Vergleich zu 2015 erheblich gesunken.

In der repräsentativen Umfrage war die Einstellung der Bürger zu verkehrspolitischen Herausforderungen in Zeiten des Klimawandels abgefragt worden – gerade vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung seit 2011 von den Grünen geführt wird.

Was die künftige Verkehrspolitik angeht, ist das Meinungsbild gespalten: Eine Mehrheit von 56 Prozent findet, der Ausbau müsse im Straßennetz und im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) „gleichmaßen“ erfolgen, 23 Prozent sind für mehr Busse und Bahnen und 17 Prozent für den Straßenbau. Bei jüngeren Leuten zwischen 18 bis 29 überwiegen die ÖPNV-Anhänger (43 Prozent) gegenüber den Freunden der Straßenbaus.

27

Prozent

der Befragten halten Stuttgart 21 für richtig. Bei der Volksabstimmung vor neun Jahren in Baden-Württemberg stimmten fast 59 Prozent für das Milliardenprojekt der Bahn.

26

Prozent

der Befragten kennen Landesverkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) nicht. Von denjenigen, die ihn kennen, haben zwölf Prozent eine „gute Meinung“ von ihm.

Eine Mehrheit (68 Prozent) der vom Institut für Demoskopie Allensbach befragten Baden-Württemberger, die täglich oder mehrfach in der Woche mit dem Auto unterwegs sind, sieht in Bus und Bahn „keine ernsthafte Alternative“ und schließt einen Umstieg aus. Auch bei E-Autos fehlt noch Akzeptanz. In der Reihe der drängendsten Probleme werden zuerst die hohen Preise für den Nahverkehr in Bussen und Bahnen genannt (52 Prozent), gefolgt von: zu viele Staus (50), schlechter Zustand der Straßen (45) und zu wenig Parkplätze in Innenstädten (43). Erst an zehnter Stelle wird der „schlechte Zustand des Schienennetzes“ genannt (17 Prozent). Großstädter nehmen die Ticketpreise für Busse und Bahnen sowie Staus als Problem wahr, „Bewohner ländlicher Regionen ärgern sich überproportional oft über schlechte Verkehrsanbindungen“.

Auffällig ist, dass Lieblingsthemen des grünen Landesverkehrsministers Winfried Hermann bei den Bürgern kaum eine Rolle spielen: Einen Mangel an Radwegen stellt jeder Vierte fest, Car-Sharing-Angebote fehlen jedem Zehnten. Allerdings lehnen nur noch 34 Prozent Tempolimits auf Autobahnen strikt ab.

► Kommentar

Kommentar

Ungezogen

Die Verkehrspolitik bevormundet Bürger – das kommt nicht gut an.

VON KLAUS KÖSTER

„Nur eine Minderheit plädiert für den Bau neuer Straßen“, sagte Verkehrsminister Winfried Hermann im vergangenen Jahr und sieht seine Politik voll bestätigt. Schließlich will er seit jeher die „Dominanz des individuellen Pkw-Verkehrs zurückdrängen“ und die Stuttgarter Innenstadt autofrei machen. Den meisten Bürgern sind reale Verbesserungen ihres Alltags aber wichtiger als Visionen, die einer Fata Morgana gleichen. Nur neun Prozent haben laut einer Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg den Eindruck, im Land werde ausreichend in Verkehrsinfrastruktur investiert.

Noch vor fünf Jahren war der Anteil der Zufriedenen fast dreimal so hoch. Dabei bestanden im Südwesten in all der Zeit ideale Bedingungen für eine Verkehrspolitik aus einem Guss. Vom Ministerpräsidenten über den Verkehrsminister, vom Umweltminister über den Regierungspräsidenten bis zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt tragen alle maßgeblichen Akteure die grüne Parteifarbe. Grün regiert seit Jahren durch. Deshalb kann man nun niemand anderes für die Unzufriedenheit verantwortlich machen.

Fahrverbote und die Sperrung von Spuren zur Erzeugung von Staus sind eher politische Ersatzhandlungen als Vorboten einer modernen Verkehrspolitik. Die passenden Gerichtsurteile hatte man einst durch den Verzicht auf Gegenargumente und Rechtsmittel selbst mit herbeigeführt. Die meisten Bürger wollen aber eine Verkehrspolitik, in der Auto, Bus und Bahn nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie wollen zwischen alltagspraktischen Alternativen wählen, anstatt wie ungezogene Kinder behandelt und immer wieder gemaßregelt zu werden.

klaus.koester@stuttgarter-nachrichten.de

Corona-Auflagen bis 10. Januar verlängert

Bayerns Ministerpräsident Söder droht mit noch schärferen Maßnahmen.

BERLIN. Die derzeit geltenden Corona-Auflagen werden bis zum 10. Januar verlängert. Darauf verständigten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Regierungschefs der Länder am Mittwoch, wie Merkel in Berlin am Abend mitteilte. Zu den Maßnahmen zählen unter anderem strenge Kontaktbeschränkungen, Schließungen von Gaststätten und Kultureinrichtungen sowie Reisebeschränkungen. Am 4. Januar wolle die Runde wieder zusammenkommen, um über das weitere Vorgehen zu beraten – ursprünglich waren die gegenwärtigen Auflagen bis zum 20. Dezember befristet.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder sagte: „Wir können diese Situation nicht so hinnehmen.“ Es sei „notwendig und richtig, den Lockdown zu verlängern bis zum 10. Januar“. Söder stellte die Möglichkeit noch schärferer Auflagen in Aussicht. Abhängig von der Entwicklung müsse überlegt werden, an manchen Stellen „sehr deutlich und konsequent tiefer heranzugehen“. (AFP)

Altersvorsorge: Land fordert Zusatzrente

Lebensversicherer wollen Garantiezins ab 2022 drastisch senken.

VON BARBARA SCHÄDER

STUTT GART/FRANKFURT. Die Landesregierung dringt angesichts der Probleme beim Aufbau einer umfassenden Altersvorsorge für breite Bevölkerungsschichten auf eine Reform. Noch vor der Landtagswahl im März kommenden Jahres werde Baden-Württemberg über den Bundesrat die Bundesregierung auffordern, die Voraussetzungen für ein „kostengünstiges, sicheres, transparentes und leistungsstarkes staatlich organisiertes Standardprodukt“ für den Aufbau einer Zusatzrente zu schaffen, teilte das Verbraucherschutzministerium in Stuttgart unserer Zeitung mit. „Zahlreiche Angebote zur privaten Altersvorsorge sind am Markt, aber viele sind zu komplex, die Renditen zu gering oder die Kosten zu hoch“, kritisierte Peter Hauk (CDU), Verbraucherschutzminister des Landes.

Die Landesregierung tritt für ein Modell ein, das schon vor einigen Jahren entwickelt wurde. Es sieht vor, dass Arbeitnehmer zu-

sätzlich zum Beitrag für die gesetzliche Rente Geld auf ein „Vorsorgekonto“ einzahlen können, das am Kapitalmarkt angelegt wird. Ein Teil der jährlich erwirtschafteten Erträge soll in einen kollektiven Reservetopf fließen, um etwaige Verluste auszugleichen. Ein solcher Mechanismus schmälert freilich die Renditechancen, weshalb andere Vorschläge für ein Standard-Altersvorsorgeprodukt auf einen Risikoausgleich verzichten.

Die Deutsche Aktuarvereinigung (DAV) empfiehlt, die Garantiezinsen auf Lebensversicherungen zum 1. Januar 2022 von 0,9 auf 0,25 Prozent zu senken. Zudem sollten Versicherungsgesellschaften von der Pflicht entbunden werden, bei Riester-Verträgen und in der betrieblichen Altersvorsorge mindestens den Erhalt aller angesparten Beiträge bis zum Renteneintritt zu garantieren. Die Zinsen am Kapitalmarkt seien in der Corona-Krise noch einmal um 0,2 bis 0,5 Prozentpunkte gesunken, sagte DAV-Vorstand Guido Bader, im Hauptberuf Vorstand der Stuttgarter Lebensversicherung.

Schlachthöfe: Veterinäre wehren sich

STUTT GART. Tierärzte, die in Schlachthöfen unter anderem die Tierschutzauflagen überwachen, fordern mehr Personal und vor allem eine bessere Rückendeckung durch die vorgesetzten Ämter und auch durch das Agrarministerium. Holger Vogel, der Präsident des Bundesverbandes der verbeamteten Tierärzte, hält es zudem für notwendig, dass jeder Schlachthof einen eigenen Tierschutzbeauftragten einstellen muss.

Die Veterinäre reagieren damit auf die jüngste Debatte über Tierschutzverstöße in den Schlachthöfen Gärtringen (Kreis Böblingen) und Biberach. In heimlichen Aufnahmen der Soko Tierschutz war zu sehen, dass die Amtstierärzte entweder nicht anwesend waren oder bei Verstößen nicht eingriffen. (fal)